

Verantwortliche Redakteur:  
Für den politischen Theil:  
**C. Fontane,**  
für Feuilleton und Vermischtes:  
**A. Rodeker,**  
für den übrigen redaktionellen Theil:  
**H. Schmiedeknecht,**  
sämmlich in Posen.  
Verantwortlich für den  
Zuferttheil:  
**G. Kurrer** in Posen.

# Posener Zeitung.

Sechshundneunzigster Jahrgang.

Inserate werden angenommen  
in Posen bei der Expedition der  
Zeitung, Wilhelmstraße 17,  
ferner bei Hrn. Ad. Schley, Hofst.  
Gr. Berber- u. Breitestr.-Ecke,  
Otto Hiebsch in Firma  
J. Neumann, Wilhelmstraße 8,  
in Gnesen bei S. Chraslewski,  
in Meseritz bei H. Matthes,  
in Breschen bei J. Jadesohn  
u. bei den Inseraten-Annahmestellen  
von G. J. Haube & Co.,  
Jansenstein & Fogler, Rudolf Moske  
und „Jusulidbank“.

Nr. 745.

Donnerstag, 24. Oktober.

1889.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabe-stellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

### Amtliches.

Berlin, 23. Oktober. Der König hat den bisherigen besoldeten Beigeordneten der Stadt Sagan, Krausnick, der von der dortigen Stadterordneten-Versammlung getrossenen Wiederwahl gemäß, in gleicher Eigenschaft für eine fernere zweijährige Amtsdauer bestätigt.  
Der Forst-Assessor Knecht ist zum Oberförster ernannt und demselben die Oberförsterstelle zu Bären im Regierungsbezirk Minden übertragen worden.  
Im Gymnasium zu Marienburg ist der bisherige ordentliche Lehrer, Titular-Oberlehrer Gruber zum Oberlehrer befördert worden.

### Politische Uebersicht.

Posen, den 24. Oktober.

Wenn der Reichstag, wie zu erwarten ist, heut sich als beschlußfähig ausweist, so wird er bereits eine ganze Zahl von Initiativanträgen theils der Freisinnigen, theils des Centrums, theils der Konservativen vorfinden. Bemerkenswerth ist es, daß das Centrum nach einer mehrjährigen Pause sich entschlossen hat, wieder einen Kulturkampf-Antrag einzubringen, in welchem es die Aufhebung des Expatrirungsgesetzes beantragt. Man darf gespannt sein, wie sich die Konservativen zu diesem Antrag stellen werden. Daß der Reichstag ganz abgesehen von diesen Anträgen der einzelnen Parteien, die voraussichtlich noch eine Vermehrung erfahren werden, seine Arbeiten bis Weihnachten beendigen könnte, darf wohl für völlig ausgeschlossen gelten. Die ganze Gestaltung des Etats wird die Verweisung erheblicher Theile desselben an die Budgetkommission nothwendig machen, in welcher wenigstens der Versuch gemacht werden dürfte, die Forderungen der Regierung, namentlich bezüglich der Bauten im Militäretat, zu ermäßigen.

Obgleich der neue Militäretat eine Mehrausgabe von nicht weniger als 150 Millionen verlangt, vermißt die „Nat.-Ztg.“ in demselben eine Erhöhung, auf welche, wie sie meint, man gerade von fortschrittlicher Seite als auf eine Waffe gegen die „Vertheuerungspolitik“ gerechnet habe, nämlich die der Kosten für Naturalverpflegung, von denen das Blatt behauptet, daß sie vermöge der üblichen Berechnung nach einem Durchschnitt der Preise früherer Jahre, vielmehr einen Mindebersatz um 95 000 Mark aufweise. Nach dem Militäretat betragen die gesammten Ausgaben für Naturalverpflegung (Kap. 25) für 1890/91 74 900 529 M.; also mehr gegen den Etat für das laufende Jahr 111 348 M. Dieser Ansat ist, wie die „Nat.-Ztg.“ behauptet, vermöge der üblichen Berechnung nach dem Durchschnitt der Preise früherer Jahre gemacht worden. Wie verhält es sich damit? In dem Etat für das laufende Jahr heißt es bezüglich der Brot- und Fourage-Verpflegung: „Die Kosten der Beschaffung der Naturalien sind für die erste Hälfte des Jahres nach den im Oktober 1888 in Wirklichkeit gezahlten Preisen und für die zweite Hälfte, bei der die Ernte 1889 mit maßgebend ist, nach dem Durchschnitt der Jahre 1878 bis 1887 veranschlagt. In dem neuen Etat dagegen hat man von der Berücksichtigung der zur Zeit gezahlten höheren Preise Abstand genommen und die Kosten lediglich nach dem Durchschnitt der Jahre 1879—1888 veranschlagt.“ Mit anderen Worten, die Militärverwaltung hat die Steigerung der Brot- und Fouragepreise im laufenden Jahre völlig außer Acht gelassen und dadurch eine niedrigere Veranschlagung ermöglicht. Daß dieser Voranschlag erheblich überschritten werden wird, ist sehr wahrscheinlich.

Der „Reichsanz.“ macht heute darauf aufmerksam, daß in der gestern mitgetheilten Bekanntmachung, wonach der zwischen Witu und Niemaju belegene Theil der ostafrikanischen Küste, d. h. das (2 Breitengrade umfassende) Zwischengebiet zwischen Witu und der der englischen ostafrikanischen Gesellschaft überlassenen Somalisküste unter deutschen Schutz gestellt ist, Niemaju irrtümlich als dem Sultan von Witu gehörig bezeichnet worden ist. Die Station gehört dem Sultan von Sansibar. Durch diese Protektorerklärung ist die der Witu-Kolonie drohende Gefahr der Umklammerung durch die englische Gesellschaft abgewendet. Auf Grund welcher Verträge mit den einheimischen Sultanen und Häuptlingen die deutsche Schutzherrschaft erklärt worden ist, geht aus der Mittheilung des „Reichsanz.“ nicht hervor.

Während die republikanische Presse in Frankreich immer noch die Frage erörtert, ob die Gruppen beizubehalten seien oder nicht, ob und wie die Geschäftsordnung der Kammer, das Interpellationsrecht, das Pressegesetz u. s. w. zu reformiren sei, und ob das Ministerium zurückzutreten oder sich zu modifiziren habe, hat Baron Macau die Mitglieder der Rechten zu einer Besprechung auf den heutigen Tag eingeladen. Baron Macau war bekanntlich der Vorsitzende des Zwölfer-Ausschusses, der die Allianz mit Boulanger schloß und die Wahlkampagne der real-

tionären Koalition leitete. Durch seine Einladung schien er anzudeuten, daß der Ausschuß wieder aufliebe und daß die alte Politik desselben fortzusetzen sei. Die Einladung war an 171 Deputirte ergangen und es war beigefügt, es könne jeder Abgeordnete kommen, der sich für konservativ halte. Die „Republ. Fr.“ kann nun heute mittheilen, „daß eine gewisse Anzahl der auf das Programm der Rechten gewählten Deputirten den Herrn Baron Macau bereits benachrichtigt haben, daß sie der Einladung keine Folge leisten würden, da sie den Urhebern der moralisch-boulangistischen Allianz das Recht nicht zugestehen können, als beständige Leiter der Partei aufzutreten, und da sie in Folge dessen beabsichtigen, ihre volle und ganze Aktionsfreiheit zu bewahren. Die konservative „Gaz. de France“ bestätigt diese Mittheilung. Man darf jetzt neugierig sein, welche und wie viele Deputirte in der Versammlung erscheinen werden. Auch sonst geht innerhalb der Rechten allerlei Bedeutsames vor. Der „Moniteur de Rome“, das offiziöse Organ des Vatikan, hat konstatiert, daß die konservative Koalition bei den Wahlen geschlagen worden ist, und daran die Mahnung geknüpft, man solle sich von Illusionen freimachen, von der Lage möglichst Vortheil ziehen und nicht immer gegen die bestehende Regierungsform ankämpfen, zu der man ja doch verurtheilt sei und welche die einzig mögliche sei. Auch Cassagnac will jetzt die Frage der Regierungsform bei Seite stellen, aber nicht um republikanisch zu werden, sondern um den Kampf gegen die Regierung um so energischer auf religiös-kirchlichem Gebiete führen zu können. Darin begegnet er sich mit dem Grafen de Mun, der eine katholisch-sozialistische Partei gründen will und für diese bereits ein ausführliches Programm aufgestellt hat. Davon will nun aber Bischof Freppel nichts wissen, dessen Organ ausführt, die politische Frage dominire Alles; erst müsse Frankreich seinen König wieder haben, dann werde die Kirche von selbst wieder zu ihren Rechten kommen. Man sieht, die Rechte wird die größte Mühe haben, ihr Auseinanderfallen zu verhüten.

Graf Dillon hat, wie der „Saulois“ mittheilt, sein Amt als Schatzmeister der boulangistischen Partei niedergelegt, weil keine Kasse mehr vorhanden ist.

Der „Patriote“ meldet, König Wilhelm der Niederlande wolle Ende des Jahres der luxemburgischen Krone zu Gunsten des Herzogs Adolf von Nassau entsagen. Der luxemburgische Staatsminister Eyschen weist augenblicklich im Haag. Man bringt diese Reize, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, mit seinem kürzlichen Aufenthalt auf Schloß Hohenburg, der Residenz des Herzogs von Nassau, in Verbindung.

Der Oberpolizeimeister von Warschau hat eine Bekanntmachung erlassen, welche die strengsten Maßregeln gegen ausländische Juden in Aussicht stellt, die ohne entsprechende Erlaubniß des Ministers sich in Warschau aufhalten. Ausländische Juden ist gesetzlich die Berechtigung abgesprochen worden, ohne besondere Genehmigung in Rußland Handel zu treiben oder sich auch nur zeitweilig wohnhaft zu machen. Viele der Betroffenen haben ihre Familien zurückgelassen und suchen offen oder heimlich zurückzukehren. Diese sollen mit sofortiger Ausweisung bestraft werden. Den Beamten wird besondere Strenge in der Ausführung der Maßregeln zur Pflicht gemacht.

Wenn die Serben nicht verblendet sind, werden sie die Freundschaften, welche ihnen anlässlich der Botschaft der Regenten von dem Organe des österreichisch-ungarischen auswärtigen Amtes erwiesen werden, in derselben Weise erwidern, denn die Oesterreicher sind ihnen doch näher als die Russen. Die Serben haben keinen Grund, sich über die gegenwärtige Haltung der österreichisch-ungarischen Diplomatie zu beklagen und diejenigen serbischen Blätter, welche im Ruße stehen, enge Beziehungen mit der Regierung zu unterhalten, sollten sich daher aller Angriffe gegen das mächtige Nachbarreich enthalten. Die Thronensagung Milans hat bekanntlich in Wien und Pest einen sehr unangenehmen Eindruck gemacht; trotzdem hat man dort jetzt nichts dagegen einzuwenden, daß die Botschaft eben diese Thronensagung als den Beginn eines vorgeschrittenen parlamentarischen Systems preist. Wenn es ferner ebenda heißt, daß es gelungen sei, die schon bestehende Freundschaft mit den Mächten nicht nur weiter zu entwickeln, sondern dieselbe auch durch „neue und werthvolle Errungenschaften zu vervollkommen“, so kann dieser Passus nur auf Rußland Bezug haben, dessen Freundschaft die Serben sich neuerdings errungen zu haben — glauben. Auch dagegen scheint man in Wien keine Bedenken zu haben und zwar mit gutem Grunde, denn werthvoller als die russische Freundschaft wird den Serben stets ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit sein, welche die Radikalen in noch entschiedenerer Weise als die Fortschrittler und Liberalen zu verteidigen entschlossen sind. Bei der Entwicklung der staatlichen Institutionen und der Förderung des Wohlstandes wird es der serbischen Regierung ebenfalls mehr

nügen, wenn sie mit dem vorgeschrittenen Nachbar in gutem Einvernehmen bleibt, als wenn sie sich auf Abmachungen einläßt mit dem nordischen Versführer, welcher sich doch nur ein Werkzeug schaffen will, um mit dessen Hilfe im geeigneten Augenblicke die Selbständigkeit der Balkanvölker zu vernichten und dieselben seinen bekannten Bestrebungen dienbar zu machen.

Eine Wiedervereinigung der mittelamerikanischen Republiken ist durch einen Kongreß der betreffenden Staaten angebahnt worden. Ein Telegramm aus Guatemala meldet, daß der Kongreß von Zentral-Amerika die Grundlagen für eine Vereinigung der Staaten Zentral-Amerikas angenommen habe. Eine Gewähr für die Dauer der Vereinigung bietet diese vorläufige Abmachung indeß nicht, da der unruhige Charakter der spanischen Kreolen zu fortwährenden bewaffneten Konflikten der Parteien untereinander führt. Nach den bisherigen Erfahrungen zu schließen, wird gar bald ein Bürgerkrieg zwischen der Zentral-Regierung und den Einzelstaaten ausbrechen, welcher zu einer abermaligen Zersplitterung des neugeschlossenen Bundes führen kann.

### Deutschland.

\* Berlin, 23. Oktober. Ueber die Verwendung der sehr erheblichen Mehrforderungen, welche theils unter den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Militäretats, theils in dem außerordentlichen Etat erhoben werden, und über welche die Erläuterungen des Etats keinen Aufschluß geben, werden nähere Mittheilungen ohne Zweifel erst der Budgetkommission gemacht werden. Was die neue Ausrüstung der Kavallerie betrifft, für welche allein im ordentlichen Etat 1 1/2 Mill. Mark gefordert werden, so handelt es sich dabei, wie man annimmt, um die Ausrüstung sämtlicher Kavallerieregimenter mit Lanzen und um die dadurch erforderlich werdende Besetzung. Im außerordentlichen Etat werden zur Beschaffung bez. Applirung von Tornistern, Patronentaschen, Säbeltaschen und Cartouchen für Preußen 14,5 Mill., für Sachsen 1 550 000 Mark, für Württemberg 1 042 000 M., im Ganzen also 17 092 000 M. gefordert. Zur Motivirung wird nur bemerkt, daß diese Forderungen durch Aenderung der Muster für diese Ausrüstungsgegenstände bedingt seien; die Aenderung der Muster ist bekanntlich seit langen Jahren vorbereitet. Man erinnert sich, daß bei der Anwesenheit des Kaisers von Oesterreich, demselben bereits einige mit der neuen Ausrüstung versehene Soldaten vorgestellt worden sind. Die beiden Hauptforderungen befinden sich unter Artillerie- und Waffenwesen. Zu den „Ausgaben aus Aenderung der Wehrpflicht“ werden gefordert für Preußen 45 813 000 M., für Sachsen 3 274 000 M., für Württemberg 1 604 000 M., im Ganzen also 50 691 000 M. Hierin wird man wohl die Kosten sehen können, welche die Beschaffung des neuen Kleinkalibrigen Gewehrs verursacht. Die Kosten des rauchfreien Pulvers sind anscheinend in der nächsten Position „zur Beschaffung für artilleristische Zwecke und zur Herstellung der für das hinzutretende Material erforderlichen Aufbewahrungsräume“ zu suchen. Hier werden gefordert und zwar als erste Rate im preussischen Etat 61 224 100 Mark, für Sachsen 1 849 500 Mark, für Württemberg 1 283 800 Mark, im Ganzen also 64 357 400 Mark. Eine weitere Rate in Höhe von 12 540 750 Mark wird für künftig vorbehalten. — In Reichstagskreisen wurde zwar heute bestimmt versichert, daß das neue Sozialistengesetz, welches dem Bundesrath vorgestern zugegangen ist, in allernächster Zeit an den Reichstag gelangen werde, indeß hat der Justizauschuß, dem die Berathung der Vorlage obliegt, bisher noch keine Sitzung gehalten, so daß es kaum wahrscheinlich ist, daß das Plenum sich bereits morgen mit diesem Gesetze beschäftigen werde. Immerhin muß man annehmen, daß über den wesentlichen Inhalt des Gesetzes bereits jetzt eine Verständigung zwischen den Regierungen erzielt ist, so daß die Beratungen im Bundesrath einen sehr raschen Verlauf nehmen können. Die erste Berathung im Reichstage ist, da am Montage zunächst der Etat an die Reihe kommt, frühestens Ende der nächsten Woche oder Anfang der übernächsten zu erwarten. Aus dem Umstande, daß die Thronrede von einer Verständigung über diese Vorlage spricht, ist hier und da der Schluß gezogen worden, daß der neue Entwurf weitgehende Veränderungen im Vergleich zu dem bestehenden Gesetze in Vorschlag bringe. Diese Annahme dürfte sich indeß als irrig erweisen. Soweit wir hören, bewegt sich die Vorlage im Wesentlichen auf dem bisherigen Boden, insoweit die materiellen Bestimmungen in Betracht kommen, womit natürlich eine anderweitige Gestaltung der Beschwerdeinstanzen nicht ausgeschlossen ist.

— Prinz Heinrich von Preußen hat, wie die „Sombardia“ meldet, zwei Stunden in der Villa Zivio zu San Remo verweilt. Der Prinz erschien in Begleitung eines deutschen





